

Rütteln am Suchprozess für das Endlager

BENKEN Die Organisation «Klar! Schweiz» hat gestern in Benken fünf Thesen vorgestellt, in denen sie praktisch kein gutes Haar lässt am Suchverfahren für das Atomendlager.

Auf der Suche nach der geeigneten Region für den Bau des Endlagers wurde Benken am Montag mit schweren Seismikfahrzeugen in Schwingungen versetzt («Landbote» vom Dienstag).

Am gesamten Suchprozess regelrecht gerüttelt hat gestern die atomkritische Organisation «Klar! Schweiz – Kein Leben mit

Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) von 2008 bis 2012. Busers zentraler Kritikpunkt am jetzigen Suchverfahren für ein Endlager lautet: Weil es seit 2002 neue Erkenntnisse gebe, sei der Entsorgungsnachweis der Nagra von damals «nicht mehr gültig». So sei zum Beispiel das Wissen, dass ein Lagerstollen im Opalinuston ab einer gewissen Tiefe nur mit massiven baulichen Stützmassnahmen sicher gebaut werden kann, neu. Doch welche Auswirkungen die fremden Materialien Beton und Stahl im Opalinuston langfristig hätten, ist laut Buser eine noch ungeklärte Frage.

Gleichzeitig darf das Lager nicht zu nahe an der Erdoberfläche liegen, weil es sonst durch eiszeitliche Gletscher freigelegt werden könnte. Und oft gehe auch vergessen, dass sich unterhalb der Opalinustonschicht Warmwasser, Erdgas oder Kohle befänden, sagte Buser. Würden diese Ressourcen eines Tages ausgebeutet, entstünde quasi ein Hohlraum im Untergrund und der Boden würde sich absenken, wodurch sich Brüche bilden könnten. «Wir schieben das



Martin Graf
Alt-Regierungsrat

atomaren Risiken», ebenfalls in Benken. Medienvertretern stellte sie fünf Thesen vor, die teilweise zwar sehr kritisch, aber teils auch nicht ganz neu sind.

Nagra als «Sicherheitsrisiko»

Martin Ott, Vorstandsmitglied von «Klar! Schweiz» und Mitglied der Leitungsgruppe der Weinländer Regionalkonferenz, verglich die Endlagersuche mit einer Expedition in unbekanntes Gebiet. Bei dieser Suche sei die breite öffentliche Diskussion respektive der Laienstandpunkt sehr wichtig. Denn er trage zur Sicherheit des Suchprozesses bei. «Sicherheit entsteht in der Planung der Expedition», sagte Ott. Der offene gesellschaftliche Prozess sei die Entsprechung dessen, was der Opalinuston in der Geologie sei. Und dazu sei ein Hauptplayer nötig, der sicherheits- und nicht wie die Nagra machbarkeitsgetrieben sei. In der These 1 wird denn auch eine unabhängige Alternative zur Nagra gefordert. Die Nagra, getragen von den AKW-Betreibern, vertrete Eigeninteressen, beeinflusse mit ihrer Lobbyarbeit die öffentliche Diskussion und sei daher ein «nicht tolerierbares Sicherheitsrisiko für das Verfahren».

Zur These 2 sprach Marcos Buser, Geologe und Experte für nukleare Entsorgung. Er ist respektive war Mitglied von Expertenkommissionen, so zum Beispiel der Eidgenössischen



Martin Ott
«Klar! Schweiz»

Lager zwischen zwei Bedrohungen hin und her», sagte Buser. Man solle sich stattdessen überlegen, «wie das Lager im Opalinuston auch anders aussehen könnte». Der überholte Entsorgungsnachweis müsse also neu erbracht werden.

«Alles nie berechnet»

Alt-Regierungsrat Martin Graf (Grüne) sprach zur These 3. Ihr zufolge ist die Finanzierung des Endlagers nicht gesichert. So seien die Vollkosten der Atomenergie «nie in der Rechnung drin gewesen». Der Atomstrom sei in der Vergangenheit zu billig verkauft worden. In diversen Studien seien die Kosten der Stilllegung der



Drei Vertreter von «Klar! Schweiz» sowie die zwei Gastredner während der gestrigen Präsentation der Thesen in Benken im Zürcher Weinland (von links): Jean-Jacques Fasnacht, Martin Ott, Käthi Furrer sowie Alt-Regierungsrat Martin Graf und Geologe Marcos Buser.

Melanie Duchene

AKW und der Entsorgung der strahlenden Abfälle «stets massiv unterschätzt» worden. Ob die Kosten für die im Notfall vorgesehene Rückholbarkeit des Atomabfalls aus der Tiefe, für die anschließende alternative Lagerung oder für die Unfallrisiken generell: «Das wurde alles nie berechnet», kritisierte Graf. Auf der anderen Seite fehle immer mehr das Geld, weil die Preise auf dem Strommarkt weiter sinken. «Es wurde verpasst, genug Geld zu äufnen.»

In These 4 von «Klar! Schweiz» heisst es, dass das Einlagerungskonzept für den Raum Benken-Marthalen-Rheinau nicht überzeugend sei. So sollen alternative Standorte für die «Heisse Zelle» erarbeitet werden, in der die in Castor-Behältern angelieferten Abfälle in die kleineren Lagerbehälter unverpackt werden. Eine

zu prüfende Alternative ist besonders für die Stadt Winterthur von Interesse, durch welche die Castor-Züge rollen würden. Die Rede ist dabei von einer «Erschliessung des Tiefenlagers in grösserer

Nähe zum Zwischenlager». Die im Vergleich zum Zürcher Weinland bislang als gleichwertig eingestufte Endlagerregion Jura-Ost (Bözberg) läge ganz in der Nähe des Zwischenlagers.

Die These 5 fordert «Mitbestimmung statt Mitwirkung». So soll für die Direktbetroffenen eine formelle sachliche Zustimmungsmöglichkeit geschaffen werden. *Markus Brupbacher*

BETEILIGUNG VON JESTETTEN

Am Montag berichtete der «Landbote», dass die deutsche Gemeinde Jestetten die seismischen Messungen der Nagra so lange blockieren will, bis sie einen Sitz in der Leitungsgruppe der Weinländer Regionalkonferenz erhält. Darauf angesprochen, sagte Martin Ott von «Klar! Schweiz» und Mitglied ebendieser Gruppe gestern, dass er fordern werde, dass Jestetten den Sitz bekomme. Käthi Furrer von «Klar! Schweiz» ergänzte, dass dies «nichts als

gerecht» sei. Laut dem Reglement der Regionalkonferenz kann aber nur die Vollversammlung über die Aufnahme von Jestetten befinden. Diese tagt am 19. März das nächste Mal.

Auf abermalige Anfrage hat sich die Jestetter Bürgermeisterin Ira Sattler am Dienstag erneut gegenüber dem «Landboten» geäussert. Die Gemeinde Jestetten habe die Zulassung der Messungen an eine Bedingung geknüpft. Ob diese erfüllt werde, liege im Ermessen der Vollver-

sammlung der Regionalkonferenz. «Wir haben keinen Antrag an die Regionalkonferenz oder deren Präsidenten gestellt. Ich habe aber Herrn Präsident Jürg Grau unverzüglich über die Haltung des Gemeinderats informiert.» Man sei autonom und wolle mitreden. Sie habe gelesen, dass das Messprogramm auf deutschem Gebiet laut Nagra nicht zwingend erforderlich sei. «Dann steht die Regionalkonferenz ja nicht unter Entscheidungsdruck», so Sattler. *mab*